

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung am Dienstag, dem 18.09.2018 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesenheit:

**CDU-Kreistagsfraktion**

Gochermann, Josef Prof. Dr.  
Haub, Christoph  
Henrichmann, Marc  
Kleerbaum, Klaus-Viktor  
Koch, Harald  
Kummann, Norbert  
Pohlmann, Franz  
Schulze Havixbeck, Hubert  
Schulze Tomberge, Ulrike  
(ab TOP 1, 16:41 Uhr)  
Wenning, Thomas Dr.  
**Vertretung für Herrn Claus Löcken**  
Wessels, Wilhelm

**SPD-Kreistagsfraktion**

Bednarz, Waltraud  
Kunstelewe, Manfred  
Rampe, Carsten  
Vogt, Hermann-Josef  
Waldmann, Johannes

**Gäste**

Brühmann, Thomas  
**Prokurist wfc GmbH**  
Tacke-Klaus, Kirsten Dr.  
**Projektleiterin wfc GmbH**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Kreistagsfraktion**

Kohaus, Stefan  
Kortmann, Willi

**FDP-Kreistagsfraktion**

Holters, Ulrike

**UWG-Kreistagsfraktion**

Kirstein, Günter Dr. (ab TOP 1, 16:37 Uhr)

**Verwaltung**

Gilbeau, Joachim  
Brockkötter, Ulrike  
Heuermann, Wolfgang  
Thiesing, Simone  
**Schriftführerin**  
Alexander Woltering  
**Schriftführer**

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Unterstützungangebot zur Fachkräftegewinnung – Zwischenstand der wfc GmbH  
Vorlage: SV-9-1165
- 2 Erstellung einer Publikation zur Aufarbeitung der NS-Zeit im Kreis Coesfeld  
Vorlage: SV-9-1141
- 3 Erhöhung des Umlagebeitrages der wfc GmbH  
Vorlage: SV-9-1163
- 4 Einführung des Knotenpunktsystem in der Radregion Münsterland  
Vorlage: SV-9-1164
- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder

##### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfragen oder Mitteilungen haben sich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht ergeben.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-9-1165

**Unterstützungsangebot zur Fachkräftegewinnung – Zwischenstand der wfc GmbH**

Frau Dr. Tacke-Klaus trägt die als Anlage 1 beigefügte Präsentation zum Thema Fachkräftesicherung vor.

Das Ansprechen von Studienabbrechern sei in Anbetracht des Fachkräftemangels ein interessanter Ansatzpunkt, merkt Ktabg. Koch an. Frau Dr. Tacke-Klaus pflichtet dem bei und hebt hervor, dass 30 – 40 % der Studierenden ihr Studium abbrechen. Ktabg. Kortmann wünscht sich, dass die Aktivierung im Bereich der Pflege wiederholt werden solle. Dies sei zurzeit nicht geplant, so Frau Dr. Tacke-Klaus, eine konkrete Aussage zur Wiederholung könne im Moment nicht getroffen werden. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Gochermann erklärt sie, dass es im Rahmen der Pflege vor allem um Frauen gehe, die kranke Menschen pflegten.

Ktabg. Kohaus erkundigt sich, ob es für die Netzwerke ein Monitoring gebe und für die Förderprojekte eine Erfolgskontrolle. Zudem möchte er wissen, wie bezüglich ausländischer Fachkräfte verfahren werde. Hier gebe es viel Potential, aber auch viele Probleme, etwa mit dem Aufenthaltsstatus bei Abbruch des Studiums. Frau Dr. Tacke-Klaus führt aus, dass es für die Förderprojekte eine Erfolgskontrolle gebe, für die übrigen Aktivitäten würde nur stellenweise eine Erfolgskontrolle betrieben; hier seien auch die jeweiligen Kooperationspartner aktiv. Hinsichtlich der ausländischen Fachkräfte seien andere Institutionen spezialisierter. In diesem Zusammenhang sei das LEADER-Projekt Jobcoach zu erwähnen. Im Rahmen des Projektes würden in der Stadt Coesfeld und den Gemeinden Rosendahl und Nottuln Jobcoaches engagiert, die sowohl die Flüchtlinge bei der Arbeitssuche als auch die involvierten Unternehmen unterstützten sollen.

Ktabg. Kortmann weist darauf hin, dass der Erwerb theoretischen Wissens etwa in der Schule für Flüchtlinge in der Rege schwieriger sei, sie dafür aber oftmals sehr gut in der Praxis eingesetzt werden könnten. Er möchte wissen, ob die wfc hier unterstützen könne. Frau Dr. Tacke-Klaus erklärt, dass es diesbezüglich keine offensichtlichen Handlungsmöglichkeiten der wfc gebe. Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann weist darauf hin, dass die berufliche Bildung und die in den Schulen vermittelte Bildung zwei unterschiedliche Themenfelder seien. Zum Thema Fachkräftesicherung möchte er wissen, ob Kriterien für die Überprüfung der Wirksamkeit der Projekte festgelegt worden seien und wie die Wirkungen der Projekte gemessen würden. Hierfür gebe es keinen Königsweg, so Frau Dr. Tacke-Klaus. Im Einzelnen werde sich mit den beteiligten Unternehmen abgestimmt; die Anregung des Ausschussvorsitzenden solle mitgenommen werden.

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-9-1141

**Erstellung einer Publikation zur Aufarbeitung der NS-Zeit im Kreis Coesfeld**

Kreisdirektor Gilbeau verweist darauf, dass im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bereits über die Publikation diskutiert worden sei. Die Beschlussvorschläge seien grundsätzlich zu-

stimmungsfähig und eine Beschlussfassung im Übrigen sehr wichtig. Bereits jetzt solle eine Anschubfinanzierung in Höhe von 10.000 € geleistet werden; weitere 40.000 € seien später bereitzustellen. Der Restbetrag solle in Form von Drittmitteln eingeworben werden; der Beschlussvorschlag sei dementsprechend anzupassen. Aus Sicht des Ktabg. Kohaus sei die Erstellung einer Publikation grundsätzlich gut, jedoch ohne die Einwerbung von Drittmitteln zu teuer. Sollten diese nicht eingeworben werden können, sei dennoch eine Dokumentation notwendig. Er fragt die Anwesenden, wie ein entsprechender Beschluss formuliert werden könne. Kreisdirektor Gilbeau fügt hinzu, dass als Experte für die Aufarbeitung bereits Prof. Dr. Bernd Walter gesichert werden konnte, zu verhandeln sei nur noch die Ausarbeitungstiefe. Auf Nachfrage des Ktabg. Kohaus führt er aus, dass verschiedene Fördertöpfe für die Gewinnung von Drittmitteln bereitstünden.

Ktabg. Kleebaum findet das Vorhaben grundsätzlich gut. Es solle jedoch keine Ausfallbürgschaft im Voraus seitens der Politik gestellt werden, da ein vorzeitiger Abbruch des Projektes durch die Politik bei Auftreten einer Finanzierungslücke wohl nicht erfolgen werde. Zudem habe die Verwaltung bereits Pläne zur Publikation. Deshalb sei die Begrenzung des Projektetats sinnvoll. Ferner sei eine Online-Veröffentlichung der Publikation zu überdenken.

Auch Ktabg. Rampe sieht das Konzept positiv. Zunächst seien Fördertöpfe zu erschließen und dann regelmäßige Sachstandsberichte im Rahmen einer laufenden Begleitung zu erstatten.

Sachkundige Bürgerin Holters signalisiert die grundsätzliche Zustimmung der FDP-Kreistagsfraktion. Sie möchte wissen, unter welchen Bedingungen die Sachen noch im Dezember beschlossen werden könnten. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Gochermann führt sie aus, dass bis dahin die Drittmittelsituation klarer sein könnte. Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden sind dies Fragen zur Risikoverteilung. Man solle mit dem Projekt beginnen, da es alle politischen Akteure befürworten. Ktabg. Rampe entgegnet, dass es hier um die Finanzierung gehe. Es solle begonnen werden und wenn es Probleme bei der Akquise von Drittmitteln gäbe, solle in der Dezembersitzung des Kreistages darüber beraten werden. Gegebenenfalls seien dann die Haushaltsansätze zu ändern. Dem stimmt der Ausschussvorsitzende zu. Es sei intensiv abzuwägen zwischen der Bedeutung des Themas und dem Einsatz von öffentlichem Geld, so Ktabg. Dr. Wenning. Sinnvoll sei eine vollumfängliche Umsetzung des Projektes inklusive didaktischer Aufarbeitung des Themas. Die Abwägung zwischen den genannten Aspekten spreche für eine Grenze in Höhe von 50.000 €. Sollten keine ausreichenden Drittmittel eingeworben werden können, sollte das Projekt aufgegeben werden. Entweder eine Umsetzung erfolge vollumfänglich oder gar nicht. Ktabg. Waldmann erkundigt sich nach einem konkreten Vorschlag der CDU-Fraktion. Es gebe verschiedene Hebel, so Ktabg. Kleebaum. Die Begrenzung der Mittel auf 50.000 € sei sinnvoll. Zudem sei die CDU in Gremien zur Gewährung von Fördermitteln vertreten – dies gelte auch für den Ktabg. Kortmann. Sofern ein vernünftiges Projekt umgesetzt werden solle, sei die Akquise von Fördermitteln nicht das vorrangige Problem. Thematisch sei das Projekt gerade in diesen Zeiten sinnvoll. Mit Blick auf die Kreistagswahl 2020 und die aktuellen politischen Verhältnisse sei die Umsetzung des Projektes gerade jetzt wichtig; der Kreistag solle etwas für die Aufklärung tun. Jedoch sei eine Grenze zu setzen, welche bei Bildungsthemen nur schwer konkret beziffert werden könnte. Insgesamt sei jedoch die Wahrscheinlichkeit, das ausreichende Fördermittel eingeworben werden können, sehr hoch, sodass eine erneute Beratung nur bei unerwartet auftauchenden Problemen erfolgen solle. Den Ausführungen des Ktabg. Kleebaum stimmt der Ktabg. Dr. Kirstein zu. Es gehe um viel Geld und es solle auch eine gute Qualität erreicht werden.

Ktabg. Kohaus zeigt sich verwundert über den Verlauf der Diskussion. Die Zurverfügungstellung von 50.000 € sei im Vergleich zur bisherigen Handhabung ähnlicher Angelegenheiten nicht nachzuvollziehen. So werde bisher alles an die Einwerbung von Drittmitteln geknüpft, wie etwa die Beschäftigung einer Klimaschutzmanagerin. Er fragt, warum diese Verfahrensweise nicht auch für das aktuelle Projekt zugrunde gelegt werde. Alle politischen Akteure seien für das Projekt. Konsequenter wäre es jedoch, die Umsetzung – wie bisher auch – an die Einwerbung von Drittmitteln zu knüpfen, auch wenn es dieser Bedingung seiner Meinung nach nicht bedürfe. Gegebenenfalls könnte auch nur ein Teilbeschluss gefasst werden.

Ktabg. Kleebaum versichert, dass Drittmittel kommen werden; der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann weist zudem darauf hin, dass mit dem Beschluss ein Statement für potentielle Fördergeber gesetzt werden solle. Laut Kreisdirektor Gilbeau liege eine Kostenberechnung vor, diese könne jedoch nicht in öffentlicher Sitzung diskutiert werden. Die Möglichkeit zur Bildung eines Betriebes gewerblicher Art (BgA) sei zu prüfen, um im Rahmen des Projektes zum Umsatzsteuerabzug berechtigt zu sein. Dies würde das Projekt auf eine neue betriebswirtschaftliche Basis stellen. Eine Förderzusage sei weiterhin schon fast gesichert. Damit sei die Erstellung eines Internetangebotes schon fast sicher, die Veröffentlichung der Publikation in Buchform sei dagegen noch zu prüfen. Sofern weitere Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € bereitgestellt werden könnten, werde die Verwaltung mit Sicherheit auskömmliche Fördermittel einwerben können.

Ktabg. Waldmann akzeptiert den Vorschlag, 40.000 € zur Verfügung zu stellen. Der Rest solle im Rahmen der Beratungen über den Haushalt 2019 geklärt werden. Ktabg. Kleebaum fasst zusammen, dass somit 10.000 € bereits veranschlagt worden seien und hierzu nach jetzigem Stand der Debatte 40.000 € weitere Eigenmittel kämen. 35.000 € seien demnach noch einzuwerben. Die Akquise dieser Mittel werde bestimmt erfolgreich sein; die CDU werde sich für die Fördergelder einsetzen und könne diese garantieren. Er kritisiert, dass sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht auf eine solche Weise für das Projekt einsetzen. Ktabg. Kohaus entgegnet, dass er hoffe, dass beim nächsten Mal eine vergleichbare Vorgehensweise auch bei Projekten zum Klimaschutz gewählt werde. Im Übrigen sei die Drittmittelinwerbung zügig voranzutreiben; im Rahmen der Haushaltsplanberatungen solle hierzu eine Berichterstattung erfolgen.

### **Beschluss:**

#### **Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu empfehlen:**

1. Der Planung zur Erstellung einer Publikation zur Aufarbeitung der NS-Zeit im Kreis Coesfeld wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Herrn Prof. Dr. Bernd Walter einen Werkvertrag zur Ausarbeitung eines druckfähigen Manuskriptes abzuschließen. Parallel zur Buchveröffentlichung wird eine Internet-Präsentation mit der didaktischen Aufbereitung des Themas für den Geschichtsunterricht der Schulen etc. erstellt.
2. Die noch erforderlichen Mittel i.H.v. 40.000 € für die Erstellung eines druckfähigen Manuskripts und der digitalen Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse werden im Rahmen des Kreishaushalts 2019 bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Maßnahme darüber hinaus erforderlichen Finanzmittel/Drittmittel von bspw. Stiftungen oder anderen öffentlichen Stellen einzuwerben. Zu den diesjährigen Haushaltsplanberatungen ist über die Einwerbung der Drittmittel zu berichten.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

**TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-9-1163

**Erhöhung des Umlagebeitrages der wfc GmbH**

Ktabg. Rampe berichtet, dass sich der Aufsichtsrat der wfc GmbH mit dem Thema befasst habe. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte Sicherheit geschaffen werden. Man wolle sich vom Einsatz von Projektstellen entfernen.

Ktabg. Koch berichtet, dass innerhalb der CDU-Kreistagsfraktion über das Thema gesprochen wurde. Die wfc leiste gute Arbeit und das werde von der Fraktion unterstützt. Die Förderkulisse für das Jahr 2019 sei unsicher. Der Erhöhungsbetrag aufgrund der unsicheren Förderkulisse solle mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Freigabe solle nach einem Bericht der Verwaltung darüber erfolgen, ob ausreichende Fördermittel gesichert werden könnten.

Ktabg. Kohaus möchte wissen, ob ausschließlich die projektbezogene Förderung unter die Fördermittel zu subsumieren sei, oder ob hier auch das finanzielle Engagement der Volksbank zu verorten sei.

Herr Brühmann führt hierzu aus, dass hierunter vor allem drei Projektförderungen fielen, die unabhängig seien von einem etwaigen Sponsoring. Die Förderungen liefen von März 2016 bis Februar 2019. Die Projektmittel hätten zur finanziellen Sicherheit beigetragen. Es sei jedoch noch nicht klar, ob anschließende Fördermittel gewonnen werden könnten; entsprechende Anträge seien eingereicht worden. Frühestens 2019 sei hier mit neuern Erkenntnissen zu rechnen. Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann fasst zusammen, dass es schwer werde, wenn die Fördermittel ausliefen.

Ktabg. Schulze Tomberge spricht das Projekt „gründergeist@münsterland“ an. Die Unternehmensnachfolge werde auch von vielen anderen Akteuren thematisiert. Sie möchte wissen, was die Unterschiede zwischen den einzelnen Angeboten sind. Herr Brühmann führt aus, dass das Projekt unter dem Mantel des Münsterland e.V. geführt werde und viele gleichrangige Partner daran beteiligt seien, auch die IHK und die HWK unterstützen das Projekt. Im Fokus stünden hier auch nicht – wie sonst – die zu übernehmenden Unternehmen, sondern auf den Fachkräften. Es sollten über unkonventionelle Mittel mögliche Interessenten erst gewonnen werden, die später an die Kammern weitergeleitet werden könnten. Ktabg. Schulze Tomberge fasst zusammen, dass somit vereinfacht gesagt die IHK die bestehenden Unternehmen im Fokus hätte und die wfc potentielle Unternehmer. Die IHK verfüge Herrn Brühmann zufolge über Matchingmodule, mit denen der passende Unternehmer für die einzelnen Unternehmen gefunden werden könne. Es werde mit der IHK und der HWK kooperiert. In Anbetracht der Auswirkungen des Fachkräftemangels sei die Erschließung potentieller Unternehmer besonders wichtig. Auch Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann hält dies für eine gute Idee.

Sachkundiger Bürger Dr. Kirstein erkundigt sich nach neuen Konzepten der wfc für die nächsten fünf Jahre. Hierzu führt Herr Brühmann aus, dass es einen Handlungsplan 2020 gebe, der aus einer Unternehmensbefragung abgeleitet worden sei. Das Konzept bestehe aus vier Bausteinen. Der Unternehmensservice mit Unterstützung bei Existenzgründungen rücke immer mehr in den Fokus. Zudem seien auch die Sparkassen und Volksbanken bei der Nachfolgegewinnung und -vermittlung aktiv. Sachkundiger Bürger Dr. Kirstein mahnt an, dass es nicht einfach bei einem Weiter-so bleiben dürfe, sondern dass die künftige Entwicklung kritisch zu hinterfragen sei. Herr Brühmann versichert, dass dies auch der wfc wichtig sei; man verfüge über ein gutes Team. Sachkundiger Bürger Dr. Kirsten wünscht, dass dies auch so bleibt.

Von Ktabg. Rampe wird vorgebracht, dass auf einen Sperrvermerk verzichtet werden solle. Dem stimmt der Ktabg. Koch in Anbetracht der Ausführungen zu.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu empfehlen:**

Der dargestellten Erhöhung des Umlagebeitrags des Kreises Coesfeld für die wfc GmbH für die Jahre 2019 bis 2022 wird zugestimmt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

**TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-9-1164

**Einführung des Knotenpunktsystem in der Radregion Münsterland**

Kreisdirektor Gilbeau führt aus, dass das geplante radtouristische Knotenpunktsystem an das System in den Niederlanden anschließe. Das Land NRW habe noch nicht abgeflossene Fördergelder in Höhe von 3 Mio. € zur Verfügung, die durch eine rasche Antragsstellung noch gesichert werden sollten. Es werde eine Förderquote von 70 % erwartet. Vorgeschlagen werde, 60.000 € Eigenmittel in den Haushalt 2019 einzustellen, sodass ein Gesamtvolumen in Höhe von 200.000 € erreicht werde.

Ktabg. Kortmann hebt hervor, dass die Akquise von Fördermitteln zum Radwegeausbau begrüßenswert sei. Er möchte aber eine Erklärung dazu, was unter den Knotenpunkten zu verstehen sei. Dem pflichtet der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann bei. MA'in Thiesing führt aus, dass es sich um ein Wegweisungssystem für die touristischen Radwege handle. Bisher werde im Münsterland ein Wabensystem verwendet, welches an Touristen und auch Einheimischen kaum vermittelbar sei. Auf den Schildern in den Niederlanden, die bereits über das Knotenpunktsystem verfügten, seien Nummern angebracht. Jeder Kreuzungspunkt erhält eine Knotenpunkt-Ziffer. Zur Identifikation einer bestimmten Route müsste man sich nur die Nummern der Knotenpunkte merken. Auch im Ruhrgebiet und am Niederrhein sei man mit der Einführung des Knotenpunktsystems befasst. Ergänzend fragt Ktabg. Kortmann, ob die Knotenpunkte auch über Google Maps auffindbar seien. Dies verneint MA'in Thiesing, allerdings seien die Knotenpunkte in allen ihr bekannten Radroutenplanern hinterlegt. Google Maps sei darüber hinaus als Navigationsprogramm auf dem Fahrrad nicht besonders gut geeignet.

Ktabg. Koch fasst zusammen, das mit Hilfe von Landesmitteln ein neues Beschilderungssystem installiert werden solle, welches jedoch von den kreisangehörigen Kommunen zu kontrollieren und zu warten sei. Dies funktioniere nicht, da die Kommunen ihrer Verpflichtung nicht nachkämen, was zu unzufriedenen Touristen führe. Kreisdirektor Gilbeau bestätigt dieses Problem. MA'in Thiesing gibt an, dass die Nachbarkreise deshalb die Kontrolle der Radwegweisung zentral für alle kreisangehörigen Kommunen übernommen haben. Sie hätten eine Kooperationsvereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen beschlossen; die Verwaltung prüfe eine ähnliche Lösung für den Kreis Coesfeld. Dem entgegen plädiert Ktabg. Koch

dafür, dass die Aufgabe auf der Ebene verbleiben solle, auf der sie auch liegt. Sodann lässt Prof. Dr. Goehmann über den konkretisierenden Vorschlag des Kreisdirektors Gilbeau abstimmen.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu empfehlen:**

Der Kreistag begrüßt die münsterlandweite Planung und beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit den Kommunen die Maßnahme umzusetzen und stellt hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 200.000 € bei einer voraussichtlichen Förderquote von 70 % zur Verfügung.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

## **TOP 5 öffentlicher Teil**

### **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Kreisdirektor Gilbeau erklärt:

#### **Aktueller Sachstand zum Radverkehrskonzept für den Kreis Coesfeld**

Der Kreis Coesfeld beabsichtigt aufgrund eines Kreistagsbeschlusses vom 20.12.2017 die Erstellung eines kreisweiten Radverkehrskonzeptes zur Verbesserung des Alltagsradwegenetzes und somit einer weiteren Erhöhung des Modal Split-Anteils des Fahrrades. Dazu soll kreisweit ein flächendeckendes, attraktives und sicheres überörtliches Radwegenetz entwickelt werden, das von den Städten und Gemeinden durch lokale Radrouten/-netze innerörtlich ergänzt und fortgeführt werden kann. Der Erarbeitungsprozess des Radverkehrskonzeptes soll durch ein externes Fachbüro begleitet und in einen konstruktiven Umsetzungsprozess geleitet werden.

Die Gesamtkosten für das Radverkehrskonzept belaufen sich laut einer Auftragswertschätzung auf rund 72.000 Euro brutto. Die Finanzierung erfolgt aus der Produktgruppe 01.02 Kreisentwicklung. In den Haushalten 2018 und 2019 wurden entsprechende Mittel eingestellt.

Über die Kommunalrichtlinie (als Klimaschutzteilkonzept Mobilität) stehen Bundesfördermittel i.H.v. 50 % zur Verfügung. Ein Förderantrag wurde im März 2018 gestellt. Ein Zuwendungsbescheid liegt noch nicht vor, wird aber für Oktober erwartet. Da das Radver-



kehrskonzept unter das "Sofortprogramms Saubere Luft 2017-2020" zur Verbesserung der Luftqualität in Städten fällt, ist jedoch ein förderunschädlicher vorzeitiger Maßnahmenbeginn möglich. Daher wurde am 22.08.2018 bereits eine entsprechende Ausschreibung veröffentlicht, zu der bis zur Angebotsfrist am 12.09.2018 drei Angebote eingegangen sind, die nun gesichtet werden. Der Projektstart ist für November/ Dezember vorgesehen.

Die inhaltliche Begleitung erfolgt durch die Kreisentwicklung in enger Abstimmung mit der Abteilung Straßenbau und -unterhaltung. Die politische Beratung sollte aus Sicht der Verwaltung in erster Linie im Ausschuss für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr erfolgen, in dem der ursprüngliche Antrag zur Erstellung des Konzeptes eingebracht wurde.

## **TOP 6 öffentlicher Teil**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Ktabg. Kortmann mahnt die eingeforderten Informationen über die Finanzanlagen des Kreises Coesfeld an, welche dem Protokoll der vorhergehenden Sitzung beigelegt werden sollten. Die Zahlen seien ihm jedoch schon mitgeteilt worden. Man solle eruieren, was der Kreis Coesfeld tun könne, um sich aus der CO<sub>2</sub>-Abhängigkeit zu befreien. Kreisdirektor Gilbeau entgegnet, dass sich das Risiko über mehrere Fonds verteile. Nur Splitteranteile innerhalb dieser Fonds seien direkt in hohem Maße CO<sub>2</sub> emittierenden Unternehmen zuzuordnen. Darüber hinaus erforderten rentierliche Anlageformen zu gewissen Teilen gegebenenfalls auch die Investition in Energieunternehmen. Rentierliche Anlageformen seien deshalb wünschenswert, weil der kreisangehörige Raum über die Gewinne entlastet werden könne.

Sachkundiger Bürger Dr. Kirstein merkt an, dass er erfahren habe, dass Mitte Juni eine Finanzprüfung der GPA NRW zum Gesamtabschluss stattgefunden habe und verlangt einen Bericht der Verwaltung. Kreisdirektor Gilbeau entgegnet, dass die Prüfung des Gesamtabschlusses durch die GPA NRW zu keinen Beanstandungen geführt habe. Die Prüfung sei Thema für den Rechnungsprüfungsausschuss und werde auch dort diskutiert.